

## **Einfache Anfrage Reimann-Wil: «Maximal-Ausländerquote für Schulen und Kindergärten**

In etlichen Schulgemeinden des Kantons ist der Anteil fremdsprachiger Kinder sehr hoch. In manchen Schulklassen (wie auch im Kindergarten) werden oft nur noch ein bis zwei Kinder mit den heimischen Kulturwerten und unserer Muttersprache unterrichtet. Das führt erwiesenermassen zu Konflikten zwischen allen Beteiligten. Zwischen den Eltern und Kindern von Schweizerfamilien und Familien mit völlig anderen Wertvorstellungen und Hierarchien, welche nicht zuletzt auch religiösen Grundsätzen folgen. Diese sind meistens nicht mit unseren Wertvorstellungen vereinbar.

Aus dieser konflikträchtigen Situation heraus sind längst nicht mehr alle Schweizerfamilien bereit, für die fehlgeleitete Integrationspolitik der letzten Jahre einen grossen Teil der erarbeiteten Lebensqualität hierzulande zu opfern und diese Fehlentwicklung auf Kosten der nächsten Generation zu dulden. Für die Eltern sind Klasseneinteilungen, in denen nur noch ein bis zwei einheimische Kinder als hoffnungslose Minderheit geschult werden, unakzeptabel und unerträglich, weil ihre Kinder grosse Nachteile erleiden müssen und Konflikte an der Tagesordnung sind.

Eine aktuelle Analyse des nationalen Pisa-Tests und mehrere voneinander unabhängige Studien von Experten und Universitäten in verschiedenen Ländern haben allesamt ergeben, dass bereits ein geringer Ausländeranteil an Schulen das Bildungsniveau aller Schüler erheblich beeinträchtigt. Ein Blick in die eidgenössischen Statistiken belegt zudem eindrücklich, dass Jugendgewalt und Kriminalität an Schulen proportional zum Ausländeranteil ansteigen.

Diese Tatsachen beunruhigen viele Eltern. In mehreren Gemeinden ist der hohe Ausländeranteil zum Hauptabwanderungsgrund geworden. Speziell Familien, deren Kinder ins schulpflichtige Alter kommen, ziehen weg. Dies verstärkt die Ghetto-Bildung in Problemgemeinden wie zum Beispiel Rorschach, St.Margrethen oder Wil.

Andere Eltern wollen nicht wegziehen. Sie weigern sich aber, ihre Kinder in Schulen mit Ausländeranteilen von über 70 Prozent zu schicken. Wenn sie für ihre Kinder keine Privatschule bezahlen können oder wollen, werden sie von den staatlichen Stellen mit ihrem Anliegen aber ignoriert. Diesen Eltern müssen Alternativen geboten werden! Denn der Kanton hat dafür zu sorgen, dass alle Kinder bei der Bildung gleich und gerecht behandelt werden – unabhängig vom Wohnort.

In einer Schulklasse mit einem Ausländeranteil von 80 Prozent kann keine Integration mehr stattfinden. Alle, ausländische und einheimische Kinder, verlieren. Integrationsunwillige Ausländer dürfen die Bildung unserer Kinder nicht länger beeinträchtigen. Schüler mit ungenügenden Deutschkenntnissen müssten – wesentlich strikter als dies heute geschieht – getrennt unterrichtet werden. Dies dient allen, auch den Schülern mit ungenügenden Deutschkenntnissen. Denn diese können so gezielt gefördert werden.

Zu diesen schwerwiegenden sozialen Problemen, von denen immer mehr junge Familien betroffen sind, ersuche ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist sich der Regierungsrat dieses Problems bewusst oder sieht er den wachsenden Bedarf an Privatschulen als Lösung für die betroffenen Familien?

2. Weil Schweizer Kinder oft als Minderheit im Klassenverband behandelt und auch ausgeschlossen werden, stellt sich die Frage: Respektiert der Regierungsrat den starken Wunsch der Eltern, dass sie ihre Kinder in Klassen haben wollen, welche sich mehrheitlich nach unseren kulturellen Grundsätzen und Werten richten?
3. Für Staatsangestellte gilt keine Wohnpflicht mehr. Dürfen Eltern entsprechend gleichberechtigt ihre Kinder auch in anderen Gemeinden, in denen sie keine Steuern bezahlen, in weniger belastete Schulen schicken?
4. Mit welchen Sanktionen haben Eltern zu rechnen, wenn sie sich weigern, solche geschilderten Zustände für ihre Kinder zu akzeptieren? Respektiert der Regierungsrat, dass den Eltern das Wohl ihrer Kinder wichtiger ist, als die ungerechtfertigte und verfehlte Immigrationspolitik mittragen zu müssen?
5. Welche Alternativen kann die Regierung Eltern bieten, die ihre Kinder nicht in Schulklassen mit Ausländeranteilen von über 70 Prozent schicken wollen?
6. Teilt die Regierung die Meinung, dass die Einführung von einer Maximal-Ausländerquote an sämtlichen St.Gallen Schulen und Kindergärten, wie dies in Deutschland beispielsweise vom Berliner SPD-Bildungssenator Klaus Böger oder vom Berliner Abgeordneten der Grünen Özcan Mutlu gefordert wurde, sehr sinnvoll wäre?
7. Was unternimmt die Regierung, um hohe Ausländeranteile an Schulen und die damit verbundene Verschlechterung des Bildungsniveaus sowie Ghetto-Schulen zu verhindern?»

13. August 2007

Reimann-Wil

**Geht an:**

- Mitglieder des Präsidiums (11)
- Mitglieder der Regierung und Staatssekretär (8)
- ProtFhr KR (4; mü, su, ha, ts)
- ED (2)
- SE / Dv / ka / MRPr / actKR / TO